

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 14. August 1885.

. 79.

## Die conservative Partei.

Liberaler Blätter suchen die nationale Gesinnung der Conservativen oder eines Theils derselben zu verdächtigen und hiermit das von Halle aus in Anregung gebrachte Zusammengehen der Nationalliberalen und Freisinnigen zu rechtfertigen. So schreibt eins dieser Blätter: die Nationalliberalen müßten der conservativen Partei gegenüber von Fall zu Fall vorgehen, „so lange nicht etwa eine bestimmte Erklärung der (conservativen) Parteileitung vorliegt, die wenigstens in den nationalen Fragen befriedigen kann.“

Die Conservativen, ohne Unterschied, nehmen es mit Bezug auf ihre nationale Gesinnung mit Jedem auf und weisen die Verdächtigung, welche in der Forderung nach einer „wenigstens in den nationalen Fragen befriedigenden“ Erklärung liegt, mit dem Bewußtsein zurück, daß sie seit Begründung des Reichs durch ihr politisches Wirken niemals irgendwie auch nur im Entferntesten zu Zweifeln über die Echtheit und Rechtheit ihrer nationalen Gesinnung Anlaß gegeben haben. Noch weniger aber können sie irgend eine andere Partei als Richter in dieser Sache anerkennen. Freilich als noch revolutionäre Bestrebungen mit der nationalen Denkart sich verbanden, hielten sie es für ihre Pflicht, vor Allen gut monarchisch und preußisch zu sein. Die Monarchie und das Preußenthum haben sich denn auch der nationalen Sache nützlicher erwiesen, wie Nationalverein, Turner- und Schützenfeste. Wenn jetzt eine Ausöhnung beider Richtungen durch die Einigung der Nation unter dem Scepter der Hohenzollern erfolgt ist, wenn das nationale Leben jetzt einen anderen Inhalt bekommen hat und aus dem Bereich der unklaren Bestrebungen zu Aller Freude in eine schöne Wirklichkeit übergegangen ist, so haben am allerwenigsten diejenigen, die mit ihrer nationalen Gesinnung seiner Zeit der praktischen Verwirklichung des nationalen Gedankens Schwierigkeiten bereiteten, ein Recht, die nationale Gesinnung der Anderen auf ihre Echtheit zu prüfen oder sie sogar zu verdächtigen. Wir dürfen sagen, daß die Conservativen seit Begründung des Reichs in allen nationalen Fragen, z. B. auch in der Frage des Schutzes der nationalen Arbeit, den Liberalen mit gutem Beispiele vorgegangen sind, wenn diesen noch der politische Doctrinarismus anklebte. Im Uebrigen erkennen wir gern an, daß sich die nationale Gesinnung der Nationalliberalen speciell bei der Colonialpolitik bewährt hat, wo sie von vornherein mit den Conservativen gemeinsame Sache machten.

Was den Conservativen zum Vorwurf gemacht oder ange-dichtet wird, ist ohne irgend welche Berechtigung. Wir können darin vielmehr nur einen elenden Vorwand erblicken, um das Zusammengehen der Nationalliberalen und freisinnigen Radicals zu beschönigen, welches allerdings nach den Erfahrungen der letzten anderthalb Jahre und bei der — wie sich in dieser Zeit herausgestellt hat — thatsächlichen Unvereinbarkeit ihrer Standpunkte in allen wichtigen politischen Fragen nur das höchste Erstaunen erregen kann und geradezu geeignet ist, die politische Moral zu untergraben.

## Die Rede des Oberbürgermeisters Dr. Miquel,

gehalten auf dem nationalliberalen Parteitag in Thale, hat in der nationalliberalen Presse Nord- und Süddeutschlands lebhaften Wiederhall gefunden. Das ist ein erfreuliches Zeichen. Miquels Vordredner, Prof. Boretius aus Halle, hatte zur Empfehlung eines Zusammengehens mit den Freisinnigen gemeint, die im Landtage vorliegenden Aufgaben seien derart, daß die Nationalliberalen und die Freunde Eugen Richters recht wohl an einem Strange ziehen könnten. Miquel hat sich als Programmredner auf taktische

Fragen nicht eingelassen, aber was er entwickelte, beweist klar und deutlich, daß von einer Gemeinsamkeit der Auffassung zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen schlechterdings nicht die Rede sein kann.

Miquel ist für Vermehrung der Staatseinnahmen, weil er davon durchdrungen ist, daß die Aufgaben des Staates ausgedehnt werden müssen. Schon hiermit steht er in directem Gegensatz zu den Freisinnigen. Ganz besonders aber tritt dieser Gegensatz in den weiteren socialpolitischen Erörterungen zu Tage, welche das eigentlich Charakteristische seiner Rede bilden. Er hebt darin die sociale Seite der meisten den Landtag beschäftigenden Fragen hervor und betont den Zusammenhang derselben mit der Agrar- und Socialpolitik des Reiches in scharfer und überzeugender Weise.

Die Vermehrung der Staatsmittel soll diejenigen Schultern treffen, die am besten tragen können: Reform der directen Steuern mit stärkerer Belastung nicht des Agrarbesitzes, sondern des Capitals. Miquel fordert seine Partei auf, nicht nur mitzuwirken, sondern voranzugehen, wo es sich darum handelt, die Landwirthschaft, insbesondere den Mittelstand zu heben, sei es durch Landescreditanstalten, durch Genossenschaftsbildung, durch niedrigere Eisenbahntarife, sei es durch Entlastung in der Communalbesteuerung.

Vor Allen wird es die Aufgabe des Landtags sein, die Politik, welche unser Herr Reichskanzler im Reiche zur Förderung der unteren Volksklassen, zur Erleichterung des Looses der weniger Begünstigten eingeschlagen hat — eine Politik, die vielleicht in der Geschichte eines seiner größten Verdienste sein wird —, auch seinerseits zu unterstützen und durchzuführen zu helfen. Es giebt sehr viele Gebiete, die in dieser Beziehung für den Reichstag unerreichbar sind, die allein im Einzelstaat behandelt werden können.“ Von diesem Standpunkte aus ist Miquel für Beseitigung des Volksschulgeldes, für Herstellung öffentlicher Einrichtungen, welche die Gesundheit der unteren Volksklassen besser sichern, als es bisher geschehen ist, und er scheut sogar vor Eingriffen des Staats in die Gemeinden zur Regelung der Wohnungsfrage, namentlich in den großen Städten, nicht zurück.

Mag damit auch die Reformthätigkeit des Landtags in Ergänzung der Reichspolitik nicht erschöpft sein und mag man auch in verschiedenen nicht so wichtigen Punkten anderer Meinung als Miquel sein, so sollte doch, meinen wir, das Angeführte vollkommen ausreichen, um jede Hoffnung auszuschließen, daß die Partei eines Eugen Richters, der in erster Linie unter dem Wahlspruche: Haltet die Taschen zu! darauf ausgeht, dem Staate die Mittel zu beschneiden, jemals an einem solchen Strange mitziehen könnte. Das Organ der Nationalliberalen Hannovers, welches von der Rede Miquels sehr befriedigt ist und darin eine „Ergänzung der Heidelberger Erklärung für Preußen“ erblickt, sagt denn auch mit leicht verständlichem Tadel gegen verschiedene Professoren der Partei: „Wenn vor Miquels Rede noch Zweifel bestanden, ob es im Einzelfalle nicht doch rathsam sei, jetzt hinter den liberalen Wählern herzugehen, um am Wahltage gegebenen Falls auch deutsch-freisinnige Candidaten zu unterstützen, so konnte nach Miquels Programmrede davon nicht mehr die Rede sein.“ Wenn die Partei wirklich und aufrichtig die Meinung ihres Programmredners in Thale theilt, daß vor Allen die Socialpolitik des Reichskanzlers unmittelbar und mittelbar, im Reich und in den Einzelstaaten, in der Steuergesetzgebung und in der Verwaltung zu unterstützen ist, so wird sie auch hieraus die zwingende Schlussfolgerung ziehen und den Freisinn lediglich sich selber überlassen müssen.

## Parlamentarische Rückblicke.

### Die Eisenbahn-Politik.

#### I.

Wir haben in früheren Artikeln gesehen, daß der Landtag nach manchen Kreuz- und Querzügen schließlich die Steuerreform recht wesentlich gefördert und dem Volke im Ganzen eine Steuererleichterung von 40 Millionen *M* verschafft hat. Aber hiermit sind seine Verdienste um die Besserung der wirtschaftlichen Lage noch nicht erschöpft. Mehr wie in jeder früheren Legislaturperiode hat er sich mit wirtschaftlichen Fragen befaßt und durch eine Reihe von Berathungen und Beschlüssen der nationalen Wirtschaftspolitik der Regierung, soweit die preußische Gesetzgebung für sich allein im Stande ist, in dieser Richtung vorzugehen, kräftige Unterstützung angebeihen lassen.

In erster Linie ist hierbei auf die Fortsetzung und den Abschluß der Verstaatlichung der Eisenbahnen zu verweisen. Den ersten und entscheidenden Schritt hatte der vorige Landtag gethan, indem er im Jahre 1880 zunächst dem Ankauf von acht Privatbahnen — Berlin-Stettiner, Magdeburg-Halberstädter, Hannover-Altenbeken, Köln-Mindener, Rheinische, Berlin-Potsdam-Magdeburger und Homburger, sowie dem vormals heftigen Theil der Main-Weserbahn — und Anfang 1882 dem Ankauf der Bergisch-Märkischen, Thüringischen, Berlin-Görlitzer, Cottbus-Großenhainer, Märkisch-Posener, Rhein-Nahe- und Berlin-Anhaltischen Eisenbahn, seine Zustimmung ertheilt hatte. Der Staatsbahnbesitz, der bis zum Jahre 1879 nur 6199 Kilometer betragen hatte, wurde durch diese Erwerbungen auf 15,495 Kilometer erhöht. Man wird sich erinnern, daß von eigentlichen Kämpfen gegen den Uebergang zum Staatsbahn-System nur bei dem ersgedachten Ankauf die Rede war: damals sträubte sich die Fortschrittspartei aus Vorliebe für das Princip der privatwirtschaftlichen Thätigkeit und das Centrum aus Besorgniß, daß das neue System zum Reichseisenbahn-System führen und somit eine Vorbereitung zur Beeinträchtigung der Rechte der Einzelstaaten bilden könne, gegen das Unternehmen, während Conservative und Nationalliberale lebhaft dafür eintraten und der Regierungs-Vorlage zum Siege verhalfen. Als Anfang 1882 der Vorschlag zum Ankauf weiterer Bahnen gemacht wurde, war sowohl die Zahl der entschiedenen Gegner des Staatsbahn-Systems wie auch ihr Widerstand erheblich geringer: denn in der kurzen Zeit hatte sich das Staatsbahn-System bereits so gut bewährt, der Uebergang der Privatbahnen an die Staatsverwaltung war so schnell und glatt und ohne irgendwelche Unzuträglichkeiten vor sich gegangen, der Betrieb war finanziell und wirtschaftlich von so günstigen Folgen begleitet gewesen, daß die Waffen der Opposition gegen die weitere Durchführung des Staatsbahn-Systems zerbrochen waren.

Der im Herbst 1882 zusammengetretene neue Landtag führte das begonnene Werk weiter, ohne daß ihm dabei nennenswerthe Hindernisse in seinem Schoße erwachsen. Auf Seiten der Opposition suchte man zwar alles Mögliche heraus, um der Eisenbahnverwaltung etwas am Zeuge zu flicken, die frühere Privatwirtschaft zu loben und vor Nachtheilen der Staatsverwaltung zu warnen. Doch diese Klagen fanden im Landtage immer weniger Wiederhall und werden schließlich nur noch von einem Vertreter des Freisinn vorgebracht, der in Eisenbahnfragen als Autorität gelten möchte. Kaum je hat der wirtschaftliche Liberalismus eine so vollständige Niederlage erlitten wie auf diesem Gebiete; von seinen Prophezeihungen ist vollständig das Gegentheil eingetreten und er hält es nunmehr selbst für angemessener, sich in das Unvermeidliche mit Würde zu schicken. Hier und da werden noch hämische Kritiken versucht, auf eine active Politik gegen das Staatsbahnsystem hat man vollständig verzichtet. Charakteristisch hierfür sind die Worte, die der Freihändler Alexander Meher Ende November 1883 bei Berathung des Eisenbahn-Gesetzes im Abgeordnetenhaus sprach, nämlich: „auch er wünsche nicht, daß das Eigenthum an den vom Staat erworbenen Körpern jemals wieder in Privateigenthum übergehe“, und ebenso bemerkenswerth sind die Worte, die damals die streng freihändlerische Nationalzeitung den Lobrednern der privatwirtschaftlichen Vergangenheit zurief: „die alten Gegner der Verstaatlichung“ — so schrieb sie — „scheinen bei ihrer Beurtheilung der Leistungen der früheren Privatbahnen einiger-

maßen unter der Herrschaft der bekannten Neigung aller Menschen zu stehen, die Vergangenheit in allzu rosigem Lichte zu sehen.“

#### II.

Der Landtag, dessen Mandat jetzt zu Ende geht, hat die Erwerbung, bezw. Uebernahme der Verwaltung folgender Privatbahnen genehmigt: bei Beginn des Jahres 1884 die Oberschlesische, die Breslau-Schweidnitz-Freiburger, die Rechte-Oberufer-, die Posen-Kreuzburger, die Altona-Kieler Eisenbahn und den in Schaumburg-Lippe belegenen Theil der Hannover-Mindener Eisenbahn; im Sommer 1884 die Berlin-Hamburger, die Bremischen Eisenbahnen, die Tilsit-Insterburger, die Dels-Gnesener; im Frühjahr 1885 die Braunschweigische, die Schleswigsche, die Münster-Emscheder und die Halle-Sorau-Gubener-Eisenbahn. Ein weiterer Verdienst hat er sich durch die Bewilligung erheblicher Mittel zur Vollständigung und besseren Ausrüstung des Eisenbahnnetzes und zur Anlegung von Nebenbahnen erworben: so wurden im Mai 1883: 97,453,200 Mark, im März 1884: 122,416,700 und im März 1885: 60,700,000 Mark zu diesen Zwecken bewilligt. Durch diese Erwerbungen und Neubauten vermehrte sich der Umfang der im Staatsbetrieb befindlichen Bahnstrecken derartig, daß er bei Beginn des Etatsjahres 1885/86 rund 21,176 Kilometer betrug. Der Zuwachs beträgt also seit dem Jahre 1879, wo nur 6199 Kilometer Staatsbahnen vorhanden waren, nicht weniger als 14,977 Kilometer!

Die Vortheile des Verstaatlichungswerks sind mannigfache. Zunächst ist dem Interesse des öffentlichen Verkehrs durch die einheitliche Zusammenfassung des Eisenbahncomplexes ein großer Dienst geleistet. Erst jetzt ist es möglich, daß die Eisenbahnen den wirtschaftlichen Interessen die umfangreichste Berücksichtigung zu Theil werden lassen: es sind viele Tarifermäßigungen eingeführt und die Forderung der Reichsverfassung beinahe verwirklicht, wonach die möglichste Gleichmäßigkeit und Herabsetzung der Tarife erzielt werden soll, — für den Transport von Kohlen, Holz, Erzen, Düngungsmitteln und ähnlichen Gegenständen ist ein dem Bedürfniß der heimischen Landwirtschaft und Industrie entsprechender ermäßigter Tarif, und zwar zunächst der Einpennigtarif, eingeführt worden. Die Schnelligkeit der Beförderung von Gütern ist vermehrt, die früheren Ueberführgebühren sind abgeschafft worden. Namentlich aber hat die Anlage von Nebenbahnen viele dem Weltverkehr fernliegende Gegenden an das Eisenbahnnetz angeschlossen und somit einem großen Theil der Bevölkerung eine wesentliche Wohlthat erwiesen.

Aber auch der finanzielle Gewinn ist nicht zu unterschätzen. Im Jahre 1879 belief sich der Etat der Betriebsausgaben der Eisenbahnen auf 120, der der Betriebseinnahmen auf 181 Millionen. Durch die Erwerbungen von 1880 bis Anfang 1882 erhöhten sich die ersteren auf 277, die letzteren auf 484 Millionen; während also die Betriebsausgaben um 157 Millionen stiegen, steigerten sich die Betriebseinnahmen um 303 Millionen Mark. In dem Etat für 1885/86 haben die ordentlichen Betriebsausgaben eine Höhe von 476,722,351 Mark, die Betriebseinnahmen von 679,181,267 Mark angenommen. Seit dem Jahre 1879 haben sich also die Ausgaben um 356 Millionen, die Einnahmen um 498 Millionen Mark vermehrt. Der Ueberschuß beträgt nach dem Voranschlag für das Jahr 1885/86 = 202,458,916 Mark. Mit den jährlichen Ueberschüssen haben nicht nur die Zinsen der Eisenbahnschulden, sondern die Zinsen der gesammten Staatsschuld mehr als gedeckt werden können. Im Jahre 1884/85 hat der Ueberschuß der Staatsbahnen über die Verzinsung der gesammten Staatsschuld gegen 40 Millionen Mark betragen. Im Durchschnitt der letzten vier Jahre hat die Staatsbahnverwaltung jährlich 27 Millionen Mark mehr eingebracht, als zur Verzinsung und Amortisation der gesammten Staatsschuld erforderlich war. Das in den Eisenbahnen angelegte Capital verzinst sich etwa zu 5½ Procent, — eine Zinsanlage, wie sie günstiger nicht gedacht werden kann.

Schließlich ist als ein wesentlicher Gewinn des Verstaatlichungswerks noch die Erhöhung unserer Vertheidigungsfähigkeit und militairischen Sicherheit zu buchen, welche durch den einheitlichen Betrieb sowie durch die Ergänzung des Staatsbahnnetzes nach Rücksichten der Landesvertheidigung erzielt worden ist. Indem der Landtag zur Erreichung dieser Ziele der Regierung

seine volle Unterstützung hat zu Theil werden lassen, hat er sich Anspruch auf den Dank des Landes erworben. Wenn seine Verdienste hierum von der Presse nicht genug in das Licht gestellt worden sind, so lag dies daran, daß die parlamentarischen Debatten bei dem immer geringeren Widerstande der Opposition der aufregenden und interessanten Momente entbehrten und daß eine feste und unerschütterliche Majorität von vornherein die Erreichung des Zieles sicher stellte. Aber es verdient hervorgehoben zu werden, daß wir noch lange nicht so weit wären, wenn die Fortschrittler bei den letzten Wahlen Oberwasser bekommen hätten.

### Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Ein ministerieller Erlaß vom 14. Juli v. Js. nebst dazugehöriger Anweisung bestimmt das Nähere über die Schließung von Schulen bei ansteckenden Krankheiten. Da vereinzelt Zweifel darüber laut geworden waren, ob der Erlaß auch auf höhere Schulen Anwendung zu finden und bei ihrer Schließung die angeordnete Mitwirkung der Landräthe einzutreten habe, so weist eine gemeinschaftliche Verfügung der Minister der Innern und des Cultus darauf hin, daß nach dem Zwecke und dem Wortlaute des Erlasses bezw. der Anweisung — es ist in ihnen u. A. von den wesentlich nur bei höheren Schulen vorkommenden Direktoren, Pensionaten, Convicten, Alumnaten, Kuratorien u. s. w. die Rede — jene auch auf höhere Schulen sich beziehen und also die Landräthe als Organe der Polizeiverwaltung auch bei diesen Anstalten mitzuwirken haben. Ferner wird bestimmt, daß überall da, wo nach dem gedachten Erlasse und der Anweisung die für die Verwaltung der niederen Schulen bestehenden Organe (Kreis-Ortschulinspector, Schulvorstand) zur Mitwirkung bei dem angeordneten Verfahren berufen sind, bei den höheren Schulen bezw. Pensionaten, Convicten, Alumnaten u. s. w. deren Leiter, und wenn ein besonderes collegialisch geordnetes Verwaltungsorgan (Curatorium, Verwaltungsrath u. s. w.) besteht, auch ein irgendwie erheblicher Zeitverlust dadurch nicht verursacht wird, der Vorsitzende desselben bezw. dessen Stellvertreter die jenen zuerst genannten Organen zugewiesenen Befugnisse auszuüben haben.

### Politische Tagesfragen.

Verschiedene Blätter berichteten, die auf Requisition der Reichsregierung eingeforderten Erhebungen über die Arbeit in Fabriken und Werkstätten an Sonntagen müßten übereilt werden, weil sie schon am 15. August abgeschlossen sein sollten. Das ist durchaus unrichtig. Augenscheinlich ist der Irrthum dadurch entstanden, daß in den Verfügungen einzelner Regierungen der 15. August angegeben ist. Indessen hierbei handelt es sich nur um vorbereitende Schritte. Um eine Grundlage für die Erhebungen zu gewinnen, haben die Interessenten zunächst anzuzeigen, in welchen Gewerbszweigen überhaupt Sonntags gearbeitet wird. Die Erhebungen werden mit aller Sorgfalt und unter Anhörung von Arbeitern und Arbeiterverbindungen stattfinden, so daß die voreilige Kritik einzelner Organe des Manchesterthums durchaus nicht am Platze ist.

Die Klagen über die schlechte Lage der Landwirtschaft und die Unrentabilität des Körnerbaus werden von freisinniger Seite gewöhnlich mit dem guten Rathe beantwortet, daß sich die Landwirthe mehr der Viehzucht zuwenden mögen. Das haben sie in vielen Gegenden schon gethan. Wo dies aber, wie z. B. in mehreren Gegenden des Regierungs-Bezirks Aachen geschehen ist, da haben sich auch schon gewisse Uebelstände herausgestellt, welche nur zu natürlich sind, wenn auch die freisinnigen Manchesterländer dieselben nicht in Rechnung gezogen haben. So schreibt man uns aus jener Gegend: „Sehr empfindlich ist für die Landwirthe in vielen Theilen des hiesigen Bezirks der erhebliche Rückgang des Preises der Butter. Der Grund liegt in der großen Steigerung der Production. In dem Maße wie in den letzten Jahren der Körnerbau bei den niedrigen Getreidepreisen mehr und mehr unlohnend wurde, haben die Landwirthe sich vermehrtem Futter-Anbau und stärkerer Viehhaltung zugewendet. Daher kommt es, daß nunmehr von allen Seiten Butter in immer größeren Mengen an den Markt gebracht wird.“ Das Recept, sich der Viehzucht statt dem Körnerbau zuzuwenden, welches von freisinnig-manchesterlicher Seite unaufhörlich empfohlen wird, hat also seine sehr großen Schattenseiten. Besser und für die Verhältnisse Deutschlands geeigneter ist es, den Körnerbau zu pflegen, aber auch für angemessene Getreidepreise zu sorgen, womit nicht gesagt sein soll, daß die Viehzucht vernachlässigt werden darf.

Im Regierungsbezirk Cöln kann man, wie uns von dort geschrieben wird, in Folge befriedigender Witterungsverhältnisse auf eine ziemlich gute Ernte rechnen. Vereinzelt haben Nachtfröste Schaden angerichtet.

Weniger gute Erträge versprechen die Obstbäume. Sie haben sehr voll geblüht, doch sind in Folge des Frostes vielfach Blüthe und Fruchtansatz abgefallen. Der Weinstock ist etwas zurückgeblieben, doch hat er gut abgeblüht und ein gutes Aussehen. Die Preise der Körner sind verhältnismäßig niedrig, nur hier und da ist eine Steigerung bemerkbar. Dagegen sind die Viehpreise, weil überall viel Futter vorhanden ist, insbesondere für milchende Kühe hoch, und zeigen sogar noch Neigung zum Steigen.

In den Kreisen Guskirchen, Cöln-Land und Mülheim wurden die Aussichten auf eine gute Ernte leider durch Hagelschlag vielfach zerstört. Der Hagelschlag trifft namentlich kleine Leute, welche trotz wiederholter Aufforderung sich nicht versichert hatten. — In verschiedenen Zweigen der gewerblichen Thätigkeit wird über schwierigen Verkauf und Preisdruck geklagt. Das von Jahr zu Jahr zunehmende Angebot ist oft den Bedürfnissen des vorhandenen Absatzgebietes voraus geeilt. Wenn in Folge hiervon der Unternehmergewinn aus industriellen Anlagen naturgemäß sich vermindert hat, so muß doch anerkannt werden, daß abgesehen von einzelnen darniederliegenden Industrien die Höhe der Arbeitslöhne eine erhebliche Verminderung nicht erfahren hat und eine derartige Herabsetzung des Arbeiterverdienstes allem Anscheine nach vorläufig nicht zu erwarten steht. Auch in der Großindustrie ist der Absatz noch schwierig. Arbeiterentlassungen oder Betriebseinschränkungen haben jedoch in größerem Umfange nicht stattgefunden. Die Mülheimer Anlagen der Drahtindustrie sollen sogar zur Zeit wieder voll beschäftigt sein. Die Cölner Baumwollspinnerei arbeitet unter zufriedenstellenden Bedingungen; in den Tuchfabriken dauern Klagen über mangelnden Absatz, namentlich über geringe Nachfrage nach besseren Tuchen aus Amerika fort. Dagegen sind die Kunstwolle-Spinnereien und Strickereien bei steigenden Arbeitslöhnen in sehr lebhaftem Betriebe. Der Mangel an Arbeitskräften macht sich, obgleich bereits fremde Arbeiter zugezogen sind, noch recht bemerkbar. Im Strickgeschäft wird jetzt in geringeren Sorten viel für die Ausfuhr gearbeitet. Die Lage der Sammet- und Plüschweberei hat sich in so weit gebessert, als, durch die Mode begünstigt, für einzelne Artikel ein guter Absatz besteht, so daß ein Theil der bisher stillstehenden Webstühle wieder in Thätigkeit gesetzt werden konnte. Die Rheinische Hornschneefabrik in Ehrenfeld steht seit Erlaß des neuen Zollgesetzes in sehr lebhaftem Betriebe.

Die allgemeine Lage von Handel und Industrie hat sich in den letzten Monaten im Reg.-Bez. Aachen nur wenig geändert. Während der inländische Absatzmarkt im Ganzen als normal bezeichnet werden kann, hat der Export besonders nach Nord- und Süd-Amerika heftige Erschütterungen erlitten. Die Metall- und Tuchindustrien leiden darunter am meisten, doch haben sich die Aussichten der letzteren anscheinend in letzter Zeit etwas gebessert. Die Lohnbewegung ist im Ganzen eine stehende, stellenweise eine rückgängige. Immerhin sind aber die Löhne der Arbeiter ausreichend, um einer mäßig großen Familie Unterhalt zu verschaffen. Das Kleingewerbe zeigt in vielen Theilen des Bezirks in Folge von Eisenbahnbauten und sonstiger reger Bau-thätigkeit eine Belebung.

Insbondere von dem inländischen Consum an Eisenfabrikaten wird berichtet, daß er nahezu als normal zu betrachten ist. Das Darniederliegen des Eisengeschäfts ist auf den Rückgang des Exports zurückzuführen, und darf der bedeutungsvolle nordamerikanische Markt für die heimische Eisenindustrie auf längere Zeit hinaus als verloren betrachtet werden.

Die Schlüsse, die aus diesen Erscheinungen von freihändlerischen Blättern bezüglich der Schutzpolitik gezogen werden, sind völlig verkehrt: hätten wir uns im Jahre 1879 nicht durch Zollschranken vor dem Ueberfluthen des inländischen Marktes mit fremden Fabrikaten gesichert, dann würde die Exportindustrie überhaupt gar keinen Aufschwung genommen haben und dann würde den leidenden Industrien jetzt auch nicht einmal der inländische Markt verbleiben, den sie bei der Schleuderconcurrentz des Auslandes wohl niemals erobert haben würden. Die Erhaltung des inländischen Absatzmarktes ist eine der wichtigsten und wohlthätigsten Folgen unserer Schutzpolitik; ohne diese würde unsere Industrie bei der gegenwärtigen Ueberproduction auf dem Weltmarkt vor der ernstesten Crisis stehen.

Aus dem deutschen Reich sind im Juni 9163, im ersten Halbjahr dieses Jahres 65,345 Personen ausgewandert. Die Zahl der Auswanderer betrug in dem ersten Halbjahr 1884: 90301, im gleichen Zeitraum der Jahre 1883, 1882 und 1881: 94,145, bezw. 117,801 u. 126,139.

### Personalien.

Dem ordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Oberbergrath a. D. und Mitglied der Academie der Wissenschaften Dr. Christian Friedrich Martin Weböky ist der Character als Geheimer Bergrath verliehen worden.

Der Regierungs-Assessor Berthold in Blumenthal ist zum Landrath ernannt worden.

Die Regierungs-Assessoren von Borries in Norden und Grüttner in Bremerbörde sind zu Landräthen ernannt worden.

Der von dem Verbanne des alten und befestigten Grundbesitzes in dem Landschaftsbezirke Dramburg präsentirte Rittergutsbesitzer Kammerherr von Melentzien auf Klein-Bienchen ist als Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen worden.

## Politische Wochenschau.

### Aus dem Inlande.

Unser Kaiser ist am 13. August nach dem Gebrauch der Kur in Gms und Gastein wieder zu uns zurückgekehrt und hat zunächst seine Residenz auf Schloß Babelsberg genommen. Alle, denen es vergönnt war, bei dem freudigen und herzlichen Empfang des Kaiserlichen Herrn zugegen zu sein, bestätigen seine Rüstigkeit und Frische, wie sie Gasteiner Berichte bereits geschildert hatten. Als der Kaiser Berlin vor Wochen verließ, hatte er eben erst ein längeres nicht unbedenkliches Unwohlsein überwunden. Die Baderkuren haben dem greisen Monarchen die alte Gesundheit wiedergegeben. Dieser Tage werden auch die Kaiserin Augusta und der Kronprinz, jene aus Coblenz und Homburg, dieser aus der Schweiz wieder zurückkehren.

Die Reichshauptstadt sieht gegenwärtig Vertreter fast aller civilisirten Nationen zu einem Friedenswerke vereinigt: am 10. August ist die internationale Telegraphenconferenz von dem Staatssecretair von Stephan eröffnet worden. Ihr Ziel ist, die Telegraphen immer mehr in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen; die ihr gegenwärtig gestellte besondere Aufgabe betreffen Vorschläge Deutschlands und Oesterreichs, den unhaltbaren Zustand im internationalen Verkehr zu beseitigen und möglichst einheitliche Grundsätze über die Taxen unter Herabsetzung der gegenwärtigen Höhe derselben einzuführen.

Für unser Parteiwesen war der Tag der sächsischen Nationalliberalen in Thale von Wichtigkeit. Nach der einleitenden Rede des Prof. Boretius in Halle konnte es scheinen, als sei eine Schwenkung nach links beabsichtigt. Mehrere Professoren der Partei zeichnen sich überhaupt durch Schreckhaftigkeit vor dem Popanz der Reaction aus. Jener Hallenser Professor soll die unbedachte Neuzerung gethan haben, daß die Aufgaben des Landtags derart seien, daß die Nationalliberalen mit den Freisinnigen recht wohl an einem Strange ziehen könnten. In der Vergangenheit hat man dieses Schauspiel nicht gehabt, vielmehr zeigte sich gerade in den wichtigsten Fragen, Eisenbahnpolitik, Verwaltung, Kirchenpolitik u. c. ein erheblich verschiedener Standpunkt der beiden Parteien. Das Programm, welches Ober-Bürgermeister Miquel entwickelte, ist denn auch nichts weniger als freisinnig, da es eine Ausdehnung der Staatsaufgaben enthält und allenthalben den Zusammenhang mit der voll anerkannten Socialpolitik des Reichs betont. Da diese Rede den Schwerpunkt des Parteitages bildete, kann man sagen, daß derselbe der Idee eines Wahlbündnisses mit den Freisinnigen keinen Vorstoß geleistet hat. Hervorragende nationalliberale Blätter geben denn auch zu verstehen, daß Professor Boretius gut gethan haben würde, wenn er geschwiegen hätte und daß seine Meinungen und Rathschläge wohl nicht befolgt werden dürften.

Lediglich zu friedlichen Zwecken kam es vor Zanzibar zur Entfaltung unserer Macht zur See. Dort ist ein Geschwader von 5 Kriegsschiffen und 2 Tendern vereinigt, um den Sultan von Zanzibar zum Aufgeben seiner Feindseligkeiten gegen die deutschen Colonisationsbestrebungen und die Oeffnung der Ostküste von Afrika für den Handel zu nöthigen. Nach Hamburger Privatnachrichten ist der Zweck dieser Mission bereits erfüllt: der Sultan hat die deutsche Oberhoheit über die erworbenen Gebiete anerkannt und versprochen, seine Truppen daraus zurückzuziehen. Man darf hoffen, daß diese Action Deutschlands auch von weiterem Nutzen sein werde, indem dieselbe keinen Zweifel darüber läßt, daß Deutschland gewillt ist, seine Stellung zur See mit Entschiedenheit zu vertreten und seine Interessen als coloniale Macht mit starker Hand zu wahren. — Am 3. Juli ist der zum Gouverneur von Kamerun ernannte Frhr. von Soden in Begleitung des Kanzlers von Puttkamer in Kamerun eingetroffen. Der Kommissar für das Togo-gebiet, Regierungs-Assessor Falkenthal, ist bereits am 26. Juni auf seinem neuen Posten angelangt.

Leider ist schließlich noch einer sehr trüben Möglichkeit zu erwähnen. Seit mehreren Monaten ist nämlich keine Nachricht von unserm Kriegs-

schiff „Augusta“ eingegangen. Wahrscheinlich hat ihm ein Cyclon oder Taifun, einer jener im indischen Ocean heimischen schrecklichen Wirbelwinde, übel mitgespielt. Zur selben Zeit ist der französische Aviso Rénard in Folge eines solchen Windes zu Grunde gegangen. Man hofft jedoch, daß sich die Augusta auf weiter Fahrt unter Segel befindet und den Gefahren entronnen ist.

### Aus dem Auslande.

Am Mittwoch ist der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Graf Kalnoky zum Besuche bei dem Fürsten Bismarck in Varzin eingetroffen. Ueber den Zweck dieses Besuches verlautet nichts Näheres, aber es ist gewiß für die politische Lage bezeichnend, daß diese Reise allenthalben mit Befriedigung aufgenommen ist und nirgends Beunruhigungen, in Deutschland und Oesterreich dagegen Hoffnung und Genugthuung hervorgerufen hat. Ob sie durch Zollfragen, oder durch die bevorstehende Zusammenkunft der Kaiser Alexander und Franz Joseph oder durch andere schwebende Fragen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik veranlaßt ist, darüber gehen die Vermuthungen auseinander: in jedem Falle ist sie eine neue Bestätigung der alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten und den leitenden Staatsmännern.

Am 6. August ist die französische Deputirtenkammer geschlossen worden und ist hiermit ihr Mandat abgelaufen. Während der vier Jahre ihrer Wirksamkeit hat sie sieben verschiedenen Ministerien das Leben gegeben, von denen dasjenige Ferry's die längste Dauer hatte. Alle Parteien rüsten sich zu den jetzt auf den 4. October angeetzten Neuwahlen, wo zum ersten Mal das sog. Listen scrutinium zur Anwendung kommen soll. Der Wahlkampf spitzt sich immer mehr zu der Alternative Clemenceau oder Ferry — demokratischer oder liberaler Republikanismus — zu. Ferry ist in Lyon von den Radicalem mit feindlichen Demonstrationen empfangen worden, die vornehmlich dem „Tonkinen“ galten. Seine Gegner machen ihm die Colonialpolitik zum Vorwurf und geben seine Partei als Kriegspartei aus, während Clemenceau erklärt, daß die Demokratie den Frieden verbürge, — eine Frage, welche bei den Wahlen offenbar eine große Rolle spielen wird. — Die Zustände in Anam und Tonking sind für die Franzosen keineswegs so günstig, wie man nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit China glauben sollte. Es sollen in Anam fünf Missionare und Tausende (nach neueren Nachrichten nur Hunderte) von Christen niedergemetzelt sein. Ebenso haben nach dem Abzug der Franzosen aus Kelung Plünderungen der dortigen Europäer von Seiten der Chinesen stattgefunden. — Der französisch-holländische Handelsvertrag ist ratificirt worden und in Wirksamkeit getreten.

In den Verhandlungen zwischen England und Rußland über den Sulcar-Paß scheint eine Pause eingetreten zu sein. Ein französisches Blatt behauptet, daß zwischen England und China gegen Rußland ein Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen sein soll, eine Nachricht, der von anderer Seite widersprochen wird. Andererseits soll England für einen eventuellen Krieg mit Rußland auch die Türkei auf seine Seite zu bringen suchen und wird der Mission des Sir Drummond Wolff nach Constantinopel außer einer Verständigung wegen Aegypten der Zweck beigelegt, den Versuch zu machen, Rußland auch von dieser Seite her in Schach zu halten. — Das englische Parlament ist heute geschlossen worden, nachdem es noch einige wichtige socialpolitische Gesetze — über Erleichterung des Ankaufs der Pachtgüter in Irland seitens der Pächter, über die Beschaffung billiger und gesunder Wohnungen für die ärmeren Klassen und das sog. Mädchenschutzgesetz (Schutz unmündiger Mädchen gegen Verleitung zur Unfittlichkeit) — angenommen hat. Die bevorstehenden Wahlen werden entscheiden, ob das Ministerium Salisbury im Sattel bleiben wird. Dasselbe hat sich durch die Einsetzung einer Commission zur Untersuchung der Ursachen über das Stocken des Handels und der Industrie von Neuem lebhaftere Sympathien erworben, freilich aber auch den Zorn der freihändlerischen Liberalen von Neuem entfacht; verschiedene Mitglieder des vorigen Ministeriums haben die Theilnahme an der Commission abgelehnt.

Die lateinische Münzconferenz ist bis zum 1. October vertagt worden, ohne zu einer Uebereinstimmung gekommen zu sein. Der Austritt Belgiens aus der Union scheint so gut wie festzustehen.

Am 30. v. M. ist zu St. Petersburg ein Abkommen zwischen Deutschland und Rußland wegen gegenseitiger Anerkennung der Aktiengesellschaften vollzogen worden.